
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. BÜGER UND HANNOTT ZUM SEMESTERSTART IN DER CORONA-KRISE

20.04.2020

- **Semester muss Ausnahmesemester werden**
- **Freie Demokraten fordern digitale Lehrangebote**
- **Einmalzahlung ist nur "Tropfen auf den heißen Stein"**

WIESBADEN – „Das nun beginnende Semester muss ein Ausnahmesemester werden“ - darin sind sich Dr. Matthias BÜGER, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, und Niklas HANNOTT, Vorsitzender der Jungen Liberalen in Hessen, mit Blick auf die hessischen Hochschulen und Universitäten einig. Angesichts der Corona-Krise fordern sie zudem schnelle Hilfe für Studentinnen und Studenten in finanzieller Notlage sowie digitale Lehrangebote.

„Die durch das Corona-Virus entstandene Ausnahmesituation betrifft den Universitäts- und Hochschulbetrieb außerordentlich“, erklärt Büger. Hannott ergänzt:

„Konsequenterweise muss dieses Semester daher zum Ausnahmesemester werden.“ Digitale Lehrangebote müssten hessenweit bereitgestellt werden. Büger und Hannott betonen, dass es auch in der Krise jedem Studenten und jeder Studentin ermöglicht werden müsse, die Leistungen zu erbringen, die in diesem Semester für ein Absolvieren des Studiums in Regelstudienzeit erforderlich wären. Es sollte jedoch auch klar sein, dass dies nicht jedem und jeder in gleichem Maße möglich sein wird. „Daher sollte dieses Semester einheitlich weder Auswirkungen auf Regelstudienzeit noch BAföG-Ansprüche haben.“

Für viele Studentinnen und Studenten wirke sich die jetzige Ausnahmesituation nicht nur auf ihr Studium, sondern auch auf den Nebenjob aus, den viele von ihnen verloren hätten: Dieses Problem schein die Landesregierung immerhin erkannt zu haben. „Die einmalige

Auszahlung von 200 Euro für in Not geratene Studentinnen und Studenten sind jedoch allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein“, stellt Hannott fest. „Es bedarf vielmehr Hilfen, die sich über die gesamte Ausnahmesituation erstrecken. Diese sollten je zur Hälfte als Zuschuss und als Darlehen gewährt werden. Langfristig sollte das BAföG grundsätzlich reformiert werden und elternunabhängig erfolgen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten 2019 vorgelegt“, erklärt Bürger.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de